

Interview der Zeitung Leipzigs Neue (LN) mit dem Vorsitzenden Bernd Neudeck und dem ehemaligen Vorsitzenden Karl-Heinz Reinhard der DKP Leipzig (Februar 2008)

Selbstbewusst und unter einem ungewöhnlich starken Journalistenaufgebot versammelten sich am vergangenen Wochenende (23./24. Februar) 175 Delegierte der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland im südhessischen Mörfelden-Walldorf zu ihrem 18. Parteitag. Auch die Rekordzahl von 28 ausländischen Parteien, u. a. aus Ecuador, Panama, Schweden, Spanien, Italien, Tschechien, Kuba, Venezuela und anderen, sowie von Vertretern 18 fortschrittlicher Organisationen aus Deutschland zeigten das gewachsene Interesse an den deutschen Kommunisten.

Ungewöhnlich für hiesige törichte antikommunistische Verhältnisse war dann allerdings schon, dass der SPD-Bürgermeister die DKP herzlich in seiner Stadt begrüßte und ihr insbesondere ans Herz legte, sich die Zeit zu nehmen und auch die Denkmale der Arbeiterbewegung in der Stadt zu besuchen. Stolz berichtete er, dass es im hessischen Landtagswahlkampf in Mörfelden-Walldorf gelungen sei, einen NPD-Aufmarsch zu blockieren, so dass dieser abgebrochen werden musste.

Fast parallel zum DKP-Parteitag beging die Leipziger Gruppe der DKP am 25. Februar ihren 10. Gründungstag. Dieses Ereignis kommentierte Leipzigs Neue damals in einem Interview mit dem Vorsitzenden Karl-Heinz Reinhardt kurz und knapp: „Prinzipientreu und außerparlamentarisch“. Das sei auch heute noch aktuell, meint der kürzlich neugewählte Vorsitzende Bernd Neudeck.

Mindestens zwei Gründe also für ein neues Gespräch, es nahmen teil der alte und der neue Leipziger DPK-Vorsitzende, Karl Heinz Reinhardt und Bernd Neudeck.

LN: „Damit ein Linksruck Wirklichkeit wird“, benötige dieses Land eine stärkere Kommunistische Partei, forderte der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr in seiner Rede auf dem 18. Parteitag und bekannte sich – trotz alledem muss man jetzt ja schon sagen - zu einer „solidarischen Kooperation“ mit der LINKEN. Für deren Cottbuser Parteitag in drei Monaten ist jedoch ein Antrag angekündigt, der, würde er angenommen, jegliche Zusammenarbeit mit der DKP unmöglich macht.

Bernd Neudeck: Noch ist mein Vertrauen in die Linkspartei so groß, dass ich mir einfach nicht vorstellen kann, solch ein antikommunistischer „Unvereinbarkeitsbeschluss“ könnte eine Mehrheit bekommen. Nicht nur die Kommunistische Plattform, auch große Teile der Basis werden sich nicht für die Übernahme antikommunistischer Maßstäbe hergeben. Ellen Brombacher sagte es auf unserem Parteitag deutlich, es gibt keinen „linken Antikommunismus“.

K.H. Reinhard: Was den Ausgangspunkt für diese neuerliche antikommunistische Hysterie der bürgerlichen Presse betrifft, für den die Landtagsabgeordnete Christel Wegner und ihre angeblichen „Stasi“-Äußerungen herhalten musste, so haben die ausländischen Parteitagsgäste schon am Vorabend auf einer Internationalen Konferenz eine Erklärung verabschiedet, in der sie Frau Wegner ihre Solidarität aussprechen. Wörtlich heißt es da: „In den meisten unserer Länder ist es normal, dass Kommunistinnen und Kommunisten in Parlamenten vertreten sind. Wir hoffen, dass dies auch in Deutschland normal wird.“

Deshalb begrüßen auch wir Leipziger Kommunisten, dass Christel Wegner ihr Mandat als Fraktionslose wahrnehmen will, immerhin hat sie nicht wenige Wählerstimmen mitgebracht. Leicht wird das nach dieser Hetzjagd allerdings nicht für sie. Aber den Ausschlag, sich nicht zurückzuziehen, lieferte, wie sie selbst sagte, Gregor Gysi mit seinem in einem Interview geäußerten Vorwurf, sie sei verfassungsschutzgesteuert.

LN: Das kommentiert sich selbst. Kommen wir zum „Linksruck“ zurück. Die SPD hat ihn gewiss nicht erlebt. Aber es gibt ja nun die LINKE als inzwischen auch beachtete parlamentarische Kraft. Was kann neben ihr die kleine DKP noch ausrichten?

Bernd Neudeck: Erst einmal, mitgliederstark sind wir bestimmt nicht. Da hat die heilige Hetzjagd auf Kommunisten vom KPD-Verbot bis zum Radikalenerlass das ihre getan. Dennoch sollte man nicht unterschätzen, dass in der alten Bundesrepublik trotz des allgegenwärtigen Antikommunismus DKP-Mitglieder mit großen Mehrheiten in gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertretungsorgane gewählt wurden und werden. Nicht zuletzt, weil dort aktive Betriebsgruppen der DKP und sehr viele betriebliche und örtliche Zeitungen ausstrahlen, die Klartext über die Barbarei des Kapitalismus sprechen. Diese traditionelle Verbundenheit, die auch die 12 Jahre Illegalität der KPD überlebt hat, muss sich nicht immer in Mitgliedschaften niederschlagen. Wer alle zwei Jahre das Pressefest unserer Zeitung UNSERE ZEIT erlebt, kommt über den Massenandrang nicht aus dem Staunen heraus. Da ist viel Sympathie, ist viel programmatische Verbundenheit zunehmend auch von jungen Leuten, denen eben nicht mehr einzureden ist, dass es zum Kapitalismus keine Alternative gäbe, so wie es der angebliche Sozialdemokrat Schröder behauptet.

K.H. Reinhardt: Was die LINKE betrifft, natürlich ist es für dieses Land enorm wichtig, dass gegen die allgemeine Rechtsentwicklung eine massive linke Kraft entsteht, die es nun schon in zehn Landesparlamente geschafft hat. Darüber freuen wir uns und daran haben DKP-Kandidaten auch einen Anteil. Allerdings ist die LINKE, wie unser gerade wieder gewählter Parteivorsitzender Heinz Stehr kürzlich in einem Interview für die junge Welt klar sagte, eine linksreformistische Partei, die für die Hoffnung auf einen lediglich gezähmten Kapitalismus steht. Revolutionäre Veränderungen, ja nicht einmal Vergesellschaftungen von Großkapital und Banken, wie es sogar das Grundgesetz nicht ausschließt, sind von dieser Partei nicht zu erwarten. Sie füllt lediglich den Platz aus, den die SPD auf ihrem dramatischen Weg in die „Mitte“ links freigemacht hat.

LN: Mitregieren, so die DKP-Meinung, bringt nichts, wenn ich Sie richtig verstehe?

K.H. Reinhardt: Dass Linke hier und heute parlamentarische Mehrheitsverhältnisse verändern können und selbstständig Politik gestalten können, ist so illusorisch wie an eine geläuterte SPD zu glauben. Regierungsbeteiligung wie beispielsweise in Berlin haben der PDS bzw. der Linkspartei, eher geschadet. Sie führten zu Glaubwürdigkeitsverlusten linker Politik. Ich nenne als besonders schlimmes Beispiel nur den Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft in Berlin unter Mitverantwortung der damaligen PDS. Da wurden auch enorm wichtige Verbündete bei den Gewerkschaften verschreckt.

Bernd Neudeck: In Hamburg machte das am Wahlabend ja auch die linke Spitzenfrau sehr deutlich. Sie nannte Opponieren eine ebenso ernsthafte und wichtige Sache wie das Regieren selbst. Natürlich bedarf es dazu einer starken außerparlamentarischen Bewegung, die mehrheitsfähig in der Bevölkerung wirkt, was schließlich - als Fernziel - tatsächlich zu einem Politikwechsel führen könnte. Vorerst geht es vorwiegend um organisierte und solidarische Abwehrkämpfe gegen Arbeitsplatz-, Sozial- und Demokratieabbau und natürlich gegen die militaristische Kriegspolitik. Selbstverständlich gehört dazu auch der Kampf für progressive Reformen, für ein menschenwürdigeres, gerechteres Leben hier und heute. Ansonsten siehe oben, linkes Mitregieren ist nicht viel mehr als sich als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu verkaufen. Die eine oder andere – unbedingt notwendige -Verbesserung der Lebenslage ist ehrlicher aus der Opposition heraus, zusammen mit einer starken Straße zu bewirken.

LN: Viele fragen sich angesichts der Zersplitterung linker Kräfte, warum die DKP, die das Rad der Geschichte gewiss nicht vorwärts drehen kann, so auf ihrer Eigenständigkeit pocht, nicht beispielsweise in der Kommunistischen Plattform der Linkspartei aufgeht?

Bernd Neudeck: Erst einmal, 1956, nur elf Jahre nach dem Faschismus, wurde in der BRD die kommunistische Partei, die KPD, verboten, wurden selbst Kommunistinnen und Kommunisten, die für ihren herausragenden antifaschistischen Widerstand in den Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern der Nazis gelitten hatten, erneut angeklagt und manche von ihnen zu mehrjährigen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Die Wirkungen des KPD-Verbots waren verheerend für notwendige Politisierungsprozesse in der jungen Bundesrepublik Deutschland. Der Antikommunismus uferte aus zur Diskriminierung jeder ernsthaften Gesellschaftskritik. Dennoch die KPD verschwand nicht, sie sammelte sich in der Illegalität und kämpfte für ihre Legalität. 1968, als Studenten und junge Arbeiter nicht zuletzt die verkrusteten alten und neuen Nazistrukturen der BRD aufzubrechen versuchten, konnte sich mit der DKP endlich wieder eine kommunistische Partei konstituieren. Das eigentliche Ziel, das Verbot der KPD aufzuheben, scheiterte. Es hätte schließlich bedeutet, Zehntausende vorfolgte, verurteilte und gesellschaftlich diskriminierte Kommunistinnen und Kommunisten der BRD zu rehabilitieren. Es hätte auch bedeutet, nicht unerhebliches Parteieigentum wieder zurückzugeben. Das war in diesem antikommunistischen Staat undenkbar.

In diesem Zusammenhang hat die DKP als eigenständige Partei auch eine historische Verantwortung gegenüber den Opfern von Krieg und Faschismus und den Opfern des Kalten Krieges, der politischen Gesinnungsjustiz der BRD.

Zum zweiten: 1990 gab es ein konkretes Angebot an die DKP, mit der kommunistischen Plattform der PDS zu fusionieren. Nach vielen, inhaltlich sehr konsequenten Diskussionen wurde das abschlägig beschieden. Schon damals war abzusehen, dass wir uns in wesentlichen Grundsätzen unterscheiden, dass wir, was sich seither weiter bestätigte, die einzigen Träger einer sozialistischen Zukunftsvision sind, die auf wissenschaftlicher, auf marxistischer Grundlage beruht.

K.H. Reinhard: Eines ist gewiss, die Mächtigen in Politik und Wirtschaft kannten und fürchteten den Einfluss, den die kleine DKP auf das Denken und Fühlen der Menschen ausübte. Eine wütende Reaktion darauf war der Radikalenerlass, den ausgerechnet eine SPD-geführte Bundesregierung unter Willy Brandt initiierte und der Tausenden Menschen (nicht nur Kommunisten, auch Sozialdemokraten und selbst Liberalen) in einer erneuten antikommunistischen Welle Berufsverbote einbrachte. Bis heute ist dieser für ein aufgeklärtes europäisches Land schändliche Erlass nicht aufgehoben. Diese Tatsache darf nicht vergessen werden, wenn es um die Bewertung der Entwicklung der DKP geht.

LN: Noch ein Wort zur DKP Leipzig, die nun ihren 10. Geburtstag hat ...

Bernd Neudeck: Wir sind, gemessen an anderen ostdeutschen Basisgruppen, doch ziemlich stark und halten sozusagen die rote Fahne hoch. Wir bemühen uns um marxistische Schulung nicht nur unserer Mitglieder, was ja nicht zu unterschätzen ist in dieser schier bildungsresistenten Zeit, wir sind massiv vor Ort, wenn es gilt, Nazis in unserer Stadt den Weg zu versperren, wir treten energisch auf gegen Kriegsseinsätze der Bundesregierung und tragen unsere Proteste gegen die Bush-Kriegspolitik bis dicht vor's US-Konsulat, so sehr sich die Herren und Damen auch verbarrikadieren, wir marschieren ganz vorne bei Aktionen zur Abschaffung von Hartz IV ... Wenn uns auch die traditionelle Verankerung in Betrieben und Einrichtungen fehlt, wie sie westdeutsche Genossen haben, unser Wirken in vielen Initiativen, Friedensgruppen und auch in Gewerkschaften wird registriert.

Und auch das sei ausdrücklich gesagt: Wir haben immer einen guten Faden mit der örtlichen PDS gesponnen und sind sicher, auch mit der Linken wird sich da nichts ändern.

Das Interview führte Maxi Wartelsteiner